



<https://biz.li/2t7v>

FREDERMANN ZUR VOGELGRIPPE: "DIE LANDESREGIERUNG HANDELT VÖLLIG UNZUREICHEND"

Veröffentlicht am 15.12.2016 um 19:39 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten Frank

Oesterhelweg, Helmut Dammann-Tamke und Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens stellte der Landtagsabgeordnete Rainer Fredermann der Landesregierung eine Anfrage zum Thema Präventionsmaßnahmen bei Vogelgrippe. Sie verlangten Antwort auf die Fragen nach präventiven Überwachungsmaßnahmen und Informationen über bisherige Untersuchungen in Niedersachsen. Ebenfalls galt es herauszufinden, wie die Regierung aus SPD und Grüne die Behandlung potentiell weiterer Fälle von H5N8 behandeln wollen. "Es muss künftig viel schneller und effizienter gehandelt werden, bereits beim bloßen Verdachtsfall", so Fredermann. Die Landesregierung verweist in ihrer Antwort auf die Mithilfe der Jagdrevierinhaber in der Region. "Dass auf diese seitens SPD und Grünen bis jetzt allerdings noch kein Schritt zugegangen worden ist, ist eine Frechheit", so die CDU-Abgeordneten. "Die Jägerschaft soll sich also zwecks kommender Maßnahmen bei Fällen von Vogelgrippe eigenständig an die rot-grüne Regierung wenden. So sieht tatkräftige Unterstützung von Helfern nicht aus", monieren sie. Verärgert reagiert der Burgwedeler Landtagsabgeordnete Fredermann vor allem auf das Verhalten der Landesregierung beim Fund einer toten Ente in Isernhagen, die nachweislich an Vogelgrippe gestorben ist. Nachdem ein Fußgänger am 21. November gegen 16 Uhr eine tote Reiherente im Schilf des Hufeisensees gefunden hat, benachrichtigte dieser die Leitstelle der Region Hannover, welche wiederum das Team Veterinärwesen kontaktierte. Schlussendlich wurde der Finder gebeten, den Kadaver mit nach Hause zu nehmen, da aufgrund der beginnenden Dämmerung keine Bergung mehr möglich sei. Später wurde bei der toten Ente der Virus H5N8 nachgewiesen. Es dauerte dennoch über eine Woche, bis ein Sperrbezirk eingerichtet werden konnte, obwohl laut Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit eine Verbreitung dieses Virus durch Haustiere durchaus denkbar ist. "Die rot-grüne Landesregierung unterschätzt das Potential dieser gefährlichen Geflügelpest. Das ist nicht nur schädlich für viele Tiere, sondern vor allem für die Bevölkerung, wenn derart lapidare Empfehlungen beim Fund eines verseuchten Vogels getroffen werden und dann erst einige Tage ins Land gehen müssen, bis entsprechende Vorkehrungen getroffen werden," so Fredermann. "Beim sogenannten Monitoring sind im Jahr 2016 lediglich 30 Proben bei verschiedenen Vögeln in der Region Hannover entnommen worden, um der Seuche prophylaktisch vorzubeugen. Wie sich nun zeigt, ist diese Überwachungsmaßnahme völlig unzureichend", kritisiert er.